

»» Städte als zentrale Akteure der Agenda 2030: Mehr als nur ein Schlagwort



Nr. 32, 1. September 2016

Autorin: Dr. Solveig Buhl
Redaktion: Dr. Julia Sattelberger

Vom 17. bis zum 20. Oktober dieses Jahres wird auf der Habitat III-Konferenz in Quito die *New Urban Agenda* (NUA) verabschiedet. Vor 20 Jahren fand die letzte Habitat Konferenz statt. Seitdem vergrößerte sich der Anteil der städtischen Weltbevölkerung von rund 45 % auf 54 % – Tendenz stark steigend. Städte sind Zentren von Entwicklung und Wohlstand und gleichzeitig stehen sie vor immensen ökologischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen. Damit Städte ihre Rolle als zentrale lokale Akteure der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsagenda (SDG) wahrnehmen können, müssen aber häufig erstmal die Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Weg nach Quito

Bereits die Abschlusserklärung der Habitat II Konferenz 1996 empfahl, Städten eine aktive Rolle einzuräumen, die dort empfohlenen Maßnahmen umzusetzen. Seitdem wurden in vielen Ländern Dezentralisierungsprozesse vorangetrieben. Im Vorfeld der Habitat III Konferenz nahmen an den Vorbereitungskonferenzen Städtevertreter und Städtetzwerke aktiv teil. Die Zivilgesellschaft hatte ebenfalls eine starke Stimme. All dies zeigt, dass Städte – trotz der fortbestehenden Führungsrolle der nationalen Regierungen in UN-Konferenzen – zunehmend als wichtige Akteure wahrgenommen werden.

Globale Nachhaltigkeits- und Klimaziele brauchen aktive Städte

Bei der Formulierung der NUA besteht weitgehend Konsens über die relevanten Handlungsfelder: Es wird eine nachhaltige Stadtplanung benötigt, die auch effektiv umgesetzt wird. Dadurch sollen u.a. inklusive wirtschaftliche Entwicklung gefördert und soziale Spannungen vorausschauend abgebaut werden.

Kontroverse über Grad an Dezentralisierung und Subsidiarität

Schwierig gestaltet sich eine Einigung

darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Städte auch tatsächlich die Möglichkeit haben, ihre Rechte und Pflichten als Akteure wahrzunehmen. Kontrovers diskutiert wird beispielsweise über das „angemessene“ Maß an Dezentralisierung (nicht nur von Aufgaben – „Dezentration“-, sondern auch von Finanzen) und darunter vor allem auch die Frage, nach welcher Logik (z.B. Subsidiaritätsprinzip) die Zuständigkeitsverteilung zwischen den Städten und dem Zentralstaat entschieden werden soll. In den Positionen spiegeln sich unterschiedliche politische Überzeugungen, aber auch die unterschiedlichen Kapazitäten und Möglichkeiten von Staaten und Städten. Besonders deutlich wird dies bei der Frage, ob die so genannte „rights to the city“ Agenda explizit Eingang in die NUA finden soll. Diese beinhaltet u.a. das verbriefte „Recht“ der Bürgerinnen und Bürger auf eine demokratisch partizipative Stadtentwicklung, ein Anspruch, der nicht vollumfänglich den jeweiligen Entwicklungsagenden aller Regierungen entspricht.

Zugang zu Finanzierung für Städte als Voraussetzung für ihr Handeln

Nach Einschätzung vieler Experten ist eine weitergehende fiskalische Dezentralisierung erforderlich, damit Städte die Bedürfnisse ihrer Bewohner besser erfüllen können. Zuwendungen der Nationalregierung sind oft weder zuverlässig, noch spiegeln sie immer die Prioritäten der Städte wider. Es fehlen zudem oftmals die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass Städte eigenes Einkommen (z.B. durch lokale Steuern) generieren oder Kredite aufnehmen dürfen. Gesetzliche Rahmenbedingungen und verfügbare Mittel halten nicht Schritt mit der Geschwindigkeit der Urbanisierung.

Stadtverwaltungen müssen qualifiziert und transparent sein

Die Städte werden die Herausforderungen nur bewältigen können, wenn sie über an-

gemessene personelle Kapazitäten (quantitativ und qualitativ) verfügen. Insbesondere kleinere und mittelgroße Städte haben hier vielfach noch erhebliche Defizite. Mit wachsenden Aufgaben und zunehmender Finanzautonomie müssen auch die Systeme der städtischen Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den eigenen Bürgern gestärkt werden, um ein bedarfsgerechtes, effizientes Handeln zu gewährleisten.

Die New Urban Agenda als zentraler Handlungsrahmen

Die NUA definiert Aufgaben und Ziele der Städte zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda und deshalb ist es wichtig, diese als zentralen Handlungsrahmen auf der Habitat III Konferenz zu verabschieden. Darüber hinaus bietet die Konferenz im Oktober die Chance,

- die Rolle der Städte institutionell weiter zu stärken
- sowie die Diskussion über Subsidiarität und Dezentralisierung mit Beteiligung der Bürger weiter voranzutreiben.

Die Stadt als „Akteur“ ist allein aufgrund der faktischen Entwicklung mehr als ein Schlagwort: Unabhängig vom Ausgang der Konferenz wird es aufgrund der rasanten demographischen Entwicklung sowie der ökologischen und sozialen Herausforderungen immer deutlicher, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele ohne eine aktive Einbindung der Städte nicht mehr zu erreichen sind. Nun gilt es länderspezifische Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen der Länder und Städte zu finden. ■

Literatur:

Draft New Urban Agenda:

<https://www.habitat3.org/bitcache/b581c7d6129c25b03b0102e2a7e5e175e9019535?vid=586129&disposition=inline&op=view>